

Kreis Euskirchen

Stand der Informationen: 01.10.2021

Parteienspektrum

Die Aktivitäten extrem rechter Parteien im Kreis Euskirchen sind überschaubar. Weder Republikaner noch die unterdessen aufgelöste Splitterpartei Pro NRW unterhielten regionale Ableger ihrer Landesverbände. Die NPD war somit lange als einzige extrem rechte Partei mit einer Ortsgruppe Euskirchen im Kreisgebiet vertreten. Die kommissarische Betreuung der Ortsgruppe oblag bis Herbst 2010 dem Kreisverband Düren.

Nach einem Streit zwischen diesem Kreisverband und der NPD-Landesführung verhängte der Landesvorstand jedoch den „organisatorischen Notstand“ über die NPD Düren und damit auch über die Ortsgruppe Euskirchen. Aktivitäten der NPD vor Ort, wie die Verteilung von Flugblättern oder die Durchführung von Infoständen, wurden bis dahin von der NPD Düren organisiert und unterstützt, blieben seit 2010 jedoch weitestgehend aus.

Bei der Bundestagswahl 2009 stellte die NPD im Wahlkreis Euskirchen René R. als Direktkandidaten zur Wahl. Das damalige Dürener Stadtratsmitglied R. holte mit 1,3 Prozent ein Ergebnis, das um 0,1 Prozent über dem Landesschnitt lag. An Zweitstimmen erzielte die NPD hier 1,0 Prozent. Nach dem Bruch von R. mit der NPD stellte die Partei bei der Landtagswahl 2012 keinen Direktkandidaten mehr auf.

Die NPD erzielte bei der Landtagswahl 2012 im Wahlkreis Euskirchen I 0,57 Prozent der Zweitstimmen und im Wahlkreis Düren II – Euskirchen II 0,58 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2013 trat für die NPD Christiane J. aus Brühl-Badorf als Direktkandidatin an (Erststimmen: 1,51 Prozent). An Zweitstimmen erzielte die NPD 2013 0,99 Prozent. Bei der Kommunalwahl 2014 trat die NPD nicht an, bei der zeitgleich stattfindenden Europawahl holte die Partei im gesamten Kreis Euskirchen 0,54 Prozent. Bei der Landtagswahl 2017 erzielte die NPD 0,32 Prozent der Zweitstimmen und lag damit im Landesschnitt. Im gesamten Kreis Euskirchen holte die NPD bei der Bundestagswahl 2017 0,26 Prozent und lag damit erneut leicht über dem NRW-Durchschnitt, ebenso wie bei der Europawahl 2019 mit 0,15 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2021 lag die NPD mit 0,08 Prozent knapp unter dem Landesdurchschnitt.

Pro NRW erhielt bei der Landtagswahl 2012 in den beiden Wahlkreisen 1,35 und 1,31 Prozent der Zweitstimmen. Während Pro NRW so gegenüber der Landtagswahl im Jahre 2010 leichte Zugewinne verzeichnen konnte, büßte die NPD 2012 in beiden Wahlbezirken sehr stark Stimmen ein. Bei der Bundestagswahl 2013 trat nicht Pro NRW, sondern deren bundesweiter Ableger Pro Deutschland zur Wahl an (0,27 Prozent der Zweitstimmen). Die neonazistische Splitterpartei Die Rechte (DR) erzielte nur 0,01 Prozent (15 Stimmen). Die Republikaner (REP) erhielten 0,11 Prozent bei der Bundestagswahl 2013.

Bei den Kommunalwahlen 2014 trat keine der rechten Parteien an, bei der Europawahl 2014 holten neben der NPD (siehe oben) im gesamten Kreisgebiet Pro NRW 0,45 und die REP 0,27 Prozent der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2017 holten die REP noch 0,05 und die DR 0,02 Prozent. Beide sowie die Pro-Bewegung traten zur Bundestagswahl 2017 nicht an, die Pro-Parteien lösten sich später auf. Bei der Europawahl 2019 traten neben der NPD (s.o.) noch die neonazistischen Kleinparteien Der III. Weg (0,02) und die DR (0,05) an.

Das TV-Magazin „Westpol“ berichtete am 8. November 2015 über eine Diskussionsveranstaltung der AfD in Euskirchen mit dem damaligen Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski. Im Anschluss an den Vortrag, der Anfang November stattfand, sagte demnach ein unbekannter Teilnehmer zum möglichen Umgang mit Flüchtlingen: „Man muss sich nur an den Zweiten Weltkrieg erinnern, an unsere eigene Geschichte. Was haben wir denn mit den Juden gemacht? Da gab es ja auch Möglichkeiten... Man muss gar nicht übertreiben, aber was anderes wird bald gar nicht mehr möglich sein. Die Flüchtlinge gehen ja nicht freiwillig.“

Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und dessen AfD-Kreisverband Euskirchen teilten im Juli 2018 mit, dass sie mit Vertretern der extrem rechten, rassistischen Partei Vlaams Belang kooperieren wollen. Anlass für die Ankündigung war die Eröffnung des Wahlkreisbüros des AfD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen (Bad Münstereifel) in der Euskirchener Innenstadt. In einer entsprechenden Stellungnahme des Kreisverbandes zeigte man sich erfreut darüber, dass eine „flämische Delegation [...] Grüße überbrachte. [...] In einer schriftlichen, von einer Schachtel Pralinen begleiteten Grußbotschaft äußerte Tom van Grieken, Vorsitzender der flämischen Partei Vlaams Belang, den Wunsch nach einer guten Zusammenarbeit.“

Die Kommentare in den Userspalten auf der Facebook-Seite der AfD im Euskirchen fielen schon Anfang 2018 dadurch auf, weil dort zuweilen äußerst radikal sowie rassistisch kommentiert wurde, anders als bei den meisten anderen, sich seinerzeit noch eher moderat gebenden AfD-Verbänden im Westen von Nordrhein-Westfalen. Ein Vorstandsbeisitzer hatte im Januar 2018 auf der damaligen Homepage des Kreisverbandes eine Art Schulungstext für Parteifreunde und Sympathisanten veröffentlicht, in dem er schrieb: „Ich behaupte mal, dass sogar während der NS-Zeit der normale Deutsche mit der Rassenlehre der Nazis nicht viel anfangen konnte. Die Juden waren zwar nicht gerade beliebt, aber die Verfolgung der Juden wurde von der Mehrheit nicht ideologisch mitgetragen.“

Anfang Juli 2018 veranstaltete der AfD-Parteiverband Euskirchen zudem im Kurhaus Gemünd einen Vortrag mit Bernd Kallina, Thema „Lügenpresse, Lückenpresse? – Die AfD im Spiegel der Medien“. Über den früheren Redakteur des „Deutschlandfunks“ berichtete 2013 die „Süddeutsche Zeitung“, er bewege „sich seit Jahrzehnten in einem Milieu, das Rechtsextremismus toleriert und teilweise auch propagiert. Und er ist treues und engagiertes Mitglied einer äußerst rechten Organisation: der Münchner Burschenschaft Danubia.“ Kallina publizierte beziehungsweise publiziert in verschiedenen Rechtsaußen-Blättern.

Als Mitarbeiterin in seinem Wahlkreisbüro hat der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Lucassen, Irmhild Boßdorf eingestellt. Die Historikerin schrieb unter anderem für die „Junge Freiheit“ (JF), 2013 erschien ein von ihr übersetzter Beitrag in Götz Kubitscheks neurechter „Sezession“. 2016 moderierte sie eine JF-Gesprächsrunde auf der Frankfurter Buchmesse mit Gerolf Annemans, Europaabgeordneter des Vlaams Belang. Für den Grazer Ares Verlag, der auch Autoren der Neuen Rechten publiziert, hat sie aus dem Niederländischen das Manuskript von Thierry Baudets Buch „Oikophobie: Der Hass auf das Eigene und seine zerstörerischen Folgen“ übersetzt. Baudets ist Chef der rechtspopulistischen, EU-feindlichen sowie teilweise rassistisch agierenden Partei „Forum voor Democratie“.

Mitte 2019 besuchten Lucassen und Boßdorf gemeinsam in Brüssel führende Vertreter und Abgeordnete der extrem rechten, rassistischen Partei Vlaams Belang. Anfang Juli 2019 besuchten Boßdorf und der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Euskirchen, Frank Poll aus Kall, ein Treffen des „Eifeler Bündnis gegen

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“. Teilnehmern zufolge tat sich besonders Poll durch Provokationen und Störungen hervor. Er bestritt, dass die AfD rechtsextrem sei und gab an, sein Parteiverband wolle daher im Bündnis mitwirken, wobei dieses dann auch gegen Linksextremismus kämpfen müsse. Poll gehört dem 2020 neu gewählten Kreistag an.

Als die AfD-NRW am 12. September 2020 eine Kundgebung zum Abschluss des Kommunalwahlkampfes in Euskirchen u.a. mit Parteichef Jörg Meuthen abhielt, gehörten Irmhild Boßdorf und deren Tochter Reinhild zu einer Gesangsgruppe, die mehrere Lieder sang. Reinhild Boßdorf war früher in der „Identitären Bewegung“ (IB) aktiv und fungiert unterdessen im neurechten, völkischen Spektrum als YouTuberin, Referentin und Autorin. Als die Redner am Ende der Kundgebung gemeinsam mit der Gesangsgruppe die Nationalhymne anstimmten, standen Meuthen, Poll und Lucassen gemeinsam mit Reinhild Boßdorf auf der Bühne.

Der Bundestagsabgeordnete Lucassen aus Bad Münstereifel ist stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Euskirchen. Am 5. Oktober 2019 wurde er auf einem Landesparteitag in Kalkar zudem zum Sprecher des NRW-Landesverbandes seiner Partei gewählt. Hatte Lucassen kurz zuvor schon die radikaleren AfD-Verbände in Sachsen und Brandenburg (Andreas Kalbitz) im Landtagswahlkampf unterstützt, gab er nach seiner Wahl an, auch die AfD in Thüringen und deren Kopf Björn Höcke im seinerzeit laufenden Landtagswahlkampf zu unterstützen. Höcke vertrete eine „rechte Politik, die visionär ist“, sagte Lucassen dem WDR-Magazin „Westpol“. Kalbitz und Höcke waren führende Köpfe des „Flügels“, ein völkisch-nationalistischer Teil der AfD, den der Bundesverfassungsschutz kurz vor dessen Auflösung beobachtete. Lucassen spielte mit dem Gedanken, nach der Bundestagswahl 2021 AfD-Fraktionsvorsitzender zu werden. Das gelang ihm nach parteiinternen Zerwürfnissen indes nicht. Im Wahlkampf sagte Lucassen gegenüber Medien, dass er bei den Neuwahlen des AfD-Bundesvorstandes im Dezember „zur Verfügung“ stehe.

Im Frühjahr 2020 geriet der damalige AfD-Kreistagsabgeordnete Bernd Michelau aus Weilerswist lokal in die Schlagzeilen. Grund waren Tweets bei Twitter in denen er Flüchtlinge aus der Türkei, die über Griechenland nach Deutschland wollten, in die Nähe von Covid-19-Infizierten rückte bzw. danach fragte, ob jemand wisse wie viele der Geflüchteten an Corona erkrankt seien. Dies sorgte für Empörung unter Kommunalpolitiker/innen. Entsprechende Tweets soll Michelau wieder gelöscht haben. Er war 2019 für ein Kreistagsmitglied nachgerückt, das Jahre zuvor die AfD wegen deren Rechtsruck verlassen hatte und durch Umzug diesen Sitz verlor. Michelau gehört dem 2020 neu gewählten Kreistag nicht mehr an, sitzt nun jedoch im Gemeinderat Weilerswist.

Der Ökonom und Fondsmanager Max Otte, bis Anfang Januar 2021 noch Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), wurde im Mai 2021 zum Bundesvorsitzenden der CDU-nahen „Werteunion“ gewählt. Otte hat mehrere Bezüge ins Rechtsaußen-Spektrum und lebt in einem Dorf im Kreis Euskirchen. Seine Wahl zum Chef der zuvor schon als äußerst konservativ geltenden „Werteunion“ führte intern zu Spannungen und wurde selbst von Mitgliedern der Organisation als Schritt für eine Radikalisierung angesehen. Einzelne Vertreter/innen und Verbände verließen nach der Wahl Ottes die „Werteunion“.

Die extreme Rechte im Kreis Euskirchen verfügte sehr lange über die am schwächsten entwickelten Parteistrukturen im Regierungsbezirk Köln. Das lässt jedoch keine Aussage über ein möglicherweise geringes Potenzial zu. Die sporadisch sehr auffälligen Aktivitäten der nicht oder nur zum Teil parteilich organisierten Szene vor Ort und die zeitweise auffällig großen Mischszenen im Kreisgebiet belegen das. Auf jenen Humus aus den letzten Jahren scheint die AfD mit einer FPÖ-ähnlichen Agitation aktuell erfolgreich wachsen und wirken zu können.

Freie Kameradschaftsszene

Eine Zeit lang gehörte der Kreis zum Aktionsradius der Neonazi-Gruppe „Freie Nationalisten Euskirchen“ (FNE). Die Gruppe betrieb bis November 2011 eine Internetseite, einen Blog und ein Forum mit Berichten sowie Hinweisen auf Termine. Die FNE unterhielten über Jahre gute Kontakte zur regionalen NPD. Darüber hinaus wurden Kontakte zum „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM) gepflegt, das – obwohl in Rheinland-Pfalz beheimatet – auch im südlichen Nordrhein-Westfalen aktiv war. Im März 2012 fand wegen des Verdachts der Bildung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eine Großrazzia gegen ABM-Strukturen statt (siehe unten).

Ungewöhnlich an den FNE war, dass eine junge Frau der Führungsriege angehörte. Von den FNE gingen neben spontanen Aktionen und der Verteilung von Propagandamaterial auch „Anti-Antifa“-Aktivitäten aus. So besuchten „getarnte“ Mitglieder der FNE Veranstaltungen regionaler Antifa-Gruppe. Am 30. August 2008 feierten die FNE ihr einjähriges Bestehen in einem Schützenheim im Kreisgebiet. Zu den Redebeiträgen sollen zudem zwei Bandauftritte stattgefunden haben. Die FNE hielten regelmäßig interne Treffen und Stammtische für Mitglieder und Interessenten ab, teilweise in Gaststätten; überregional beteiligte man sich an Aufmärschen, erkennbar u.a. an eigenen T-Shirts und Flaggen.

Anfang November 2011 ließ die Gruppe verlauten, „dass die Führung der FNE aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist“ und „ab sofort offiziell in die Winterpause“ gehe. Rund zehn Tage später bedrohte ein FNE-Anführer jedoch eine Schülerin im Namen der FNE (siehe unten). Seit November 2011 wurde die Website der Gruppe nicht mehr aktualisiert; als der Hosting-Dienst in den USA im März 2012 seinen Service einstellte, verschwanden Website, Blog und Forum ganz aus dem Internet.

Seit Herbst 2013 traten einige ehemalige Mitglieder der FNE und andere Neonazis aus dem Kreis Euskirchen sowie dem rheinland-pfälzischen Landkreis Vulkaneifel als „Kameradschaft Eifeler Land“ (KEL) in Erscheinung. Sie nahmen etwa mit einheitlichen T-Shirts, deren Aufmachung teilweise an die frühere Optik der FNE-Website erinnert, an Aufmärschen teil. Kurzzeitig kursierte für die KEL auch der Name „Kameradschaft Eifelland“. In der Gemeinde Jünkerath (Rheinland-Pfalz) kam es im Frühjahr 2014 zu Sprühaktionen der KEL.

In der Gemeinde Weilerswist lebte zeitweise der frühere Kopf der „Division Köln“ der „German Defence League“ (GDL), eine Art aktionistischer, rechtsradikaler Zusammenschluss unter dem Deckmantel der Islamkritik. Im Kreis Euskirchen fanden jedoch keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen der GDL statt. Eine Ortsgruppe Euskirchen der ähnlich strukturierten „Identitären Bewegung“ (IB) trat zeitweise im Internet in Erscheinung, später agierte im Rheinland nur noch eine „Identitäre Bewegung Rheinland“ bzw. aktuell die „Identitäre Bewegung Nordrhein-Westfalen“ (IB NRW) als Zusammenschluss von Aktivist/innen und ehemaligen Ortsgruppen. In verschiedenen Orten des Kreises kam es in den letzten Jahren zu Aufkleber-Aktionen der IB, ab 2017 etwa im Bereich Mechernich bzw. dem Ortsteil Kommern sowie auf dem Gebiet von Vogelsang.

Im Zuge der verstärkten Diskussion über die „Reichsbürger“-Bewegung wurde Ende 2016 bekannt, dass im Kreis Euskirchen solche leben sollen. Die Behörden sprachen seinerzeit gegenüber Lokalmedien „von einer Handvoll Reichsbürgern“, die jedoch bis zu diesem Zeitpunkt im Kreisgebiet nicht auffällig geworden seien. Bis Ende 2017 waren der Kreisverwaltung dann schon über 40 Personen aufgefallen, die im Verdacht standen „Reichsbürger“ (bzw. Selbstverwalter) zu sein. Besondere Auffälligkeiten, spektakuläre Vorfälle, verbale oder tätliche Angriffe durch jenes Personenspektrum waren bis dahin nicht im Kreis Euskirchen bekannt geworden.

Anfang 2018 bezifferte die Polizei die im Kreis Euskirchen wohnhaften „Reichsbürger“ bzw. „Selbstverwalter“ im „mittleren zweistelligen Bereich“. Die genaue Zahl würde „einer permanenten

Schwankung“ unterliegen. Laut Polizei und Amtsgericht Euskirchen gab es bis Anfang 2018 keine gravierenden Vorfälle mit „Reichsbürgern“ seit Herbst 2016. Im August 2019 bezifferte die NRW-Landesregierung die Zahl der „Reichsbürger“ bzw. Selbstverwalter im Kreisgebiet auf 60. Diese lebten in Mechernich (14), Bad Münstereifel (13), Euskirchen (11), Zülpich (10), Schleiden (6) sowie in Blankenheim, Nettersheim und Weilerswist (je 2). Ein „Reichsbürger“ in Weilerswist verfügte demnach über eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Aufmärsche/Aktionen/Übergriffe

In den Gemeinden und Städten kommt es immer wieder zu Vorfällen, an denen sogenannte Mischszenen beteiligt sind. Gerade im ländlichen Raum existieren oftmals Cliques, in denen sowohl (extrem) rechte, als auch unpolitische oder nicht-rechte Menschen anzutreffen sind. Die Gesinnung ersterer wird in solchen Zusammenhängen häufig wenig bis gar nicht thematisiert. So kam es zu Vorkommnissen wie in einer (nicht mehr existenten) Kneipe in Gemünd, in der Gruppen von eindeutig identifizierbaren Neonazis sich problemlos aufhalten konnten und deren extrem rechte Musikwünsche erfüllt wurden.

Ebenfalls verkehrten in der Kneipe Mitglieder einer Gruppe, die sich selbst als „Bruderschaft Salzberg“ bezeichnete. Mittlerweile scheinbar inaktiv, stellte sich die Gruppe Mitte bis Ende der 2000er Jahre als unpolitisch dar, benutzte jedoch gerade im Internet einschlägige Symbole und Formulierungen. Auch die Anwesenheit dieser Clique stellte für die bereits erwähnte Kneipe, die keinen politischen Hintergrund hatte, anscheinend kein Problem dar, was beispielhaft für den häufig beobachteten Umgang mit solchen Cliques im Kreisgebiet steht.

Als Mischszene und Grauzone lassen sich auch Besucher der Konzerte der Band „Enkel“ in Hellenthal und Kall beschreiben, auch wenn die Gruppe zeitweise sogar unter dem Motto „Rock gegen Rechts“ auftrat. Sowohl Neonazis und rechtsaffine junge Leute, aber auch völlig unpolitische Fans besuchten die im Raum Euskirchen u.a. in den Jahren 2006, 2009 und 2010 stattfindenden Konzerte der Musikgruppe, die zahlreiche Lieder der „Böhsen Onkelz“ covert. Auffällig im Rahmen jener Mischszenen oder Mischcliques waren zeitweise auch Mai-Gruppen oder „Mai-Logen“ aus verschiedenen Ortschaften im Kreisgebiet, deren Aktivitäten durch überwiegend männliche Jugendliche geprägt waren. Rechte Vorfälle wurden hierbei etwa in den Hellenthaler Ortsteilen Rescheid und Blumenthal sowie in Kall bekannt. Zudem wiesen Lokalpolitiker u.a. 2018 darauf hin, dass bei Feierlichkeiten solcher Gruppen zuweilen auch Musik mit rechtsextremen und rassistischen Texten abgespielt wurde.

Im Oktober 2019 und im Frühjahr 2020 berichteten die Lokalausgaben des „Kölner Stadt-Anzeigers“ und der „Kölner Rundschau“ ausführlich über rassistische Vorfälle und Beleidigungen im Amateurfußball. Sowohl erwachsene als auch jugendliche Freizeitkicker, zuweilen aber auch die Eltern letztgenannter vom Spielfeldrand aus, würden Spieler mit Fluchtgeschichte, Migrationshintergrund oder dunkler Hautfarbe bei manchen Spielen kreisweit beleidigen. Dabei fielen u.a. Begriffe wie „N.“, „Scheiß Flüchtling“, „Scheiß Türke“, „Scheiß Kanake“ oder „Junge, warum bist du denn so schwarz? Willst du ein paar Bananen haben?“

In den letzten Jahren kam es häufiger zu Fällen von Vandalismus mit antisemitischem Hintergrund. Das mit einer Glasplatte versehene Mahnmal für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, das erst im November 2008 im Hellenthaler Ortsteil Blumenthal an der Stelle der zerstörten Synagoge errichtet wurde, wurde 2008 zwei Mal innerhalb von nur wenigen Monaten durch mutmaßlich Steinwürfe zerstört. Im Juli 2013 wurde das Mahnmal abermals mutmaßlich durch Steinwürfe beschädigt. Im März 2014 kam es erneut zu Beschädigungen an der Gedenkstätte. Zudem wurde der jüdische Friedhof in Euskirchen Ziel von rechtem Vandalismus, wobei Grabsteine umgeworfen und aufgespritzte Hakenkreuze hinterlassen wurden. Im April 2015 sägten Unbekannte in einer mysteriösen Aktion mehrere Bäume auf dem Gelände des jüdischen Friedhofs im Ortsteil Arloff in Bad Münstereifel an und beschädigten sie so schwer, dass sie gefällt werden mussten.

Zu neonazistischen Aufkleber- und Sprühaktionen kam es sporadisch im gesamten Kreisgebiet, zeitweise besonders stark in Euskirchen, Kall und Gemünd. In Kall häuften sich solche Vorfälle besonders stark wieder Anfang 2013, offenbar wurde ein Teil der Schmier- und Sprühaktionen dabei aus dem Umfeld rechtsgerichteter Techno-Fans begangen. In Euskirchen demolierten Unbekannte im Dezember 2013 rund 30 Fahrzeuge eines Händlers, der aus dem arabischen Raum stammt. Die Täter brachen ebenso in Räume auf dem Gelände ein, die ein deutsch-arabischer Verein zu Sprach- und Islamschulungen nutzte. In den Räumen schmierten die Einbrecher mit Filzstiften auch Hakenkreuze. In Gemünd-Nierfeld besprühte ein Heranwachsender im März 2014 Hauswände, ein Garagentor, Bushäuschen und Glascontainer unter anderem mit Hakenkreuzen.

In Schleiden-Herhahn war es im März 2011 zu Sprühaktionen gegen eine Veranstaltung, die im Begleitprogramm des rollenden Mahnmals „Zug der Erinnerung“ mit einem Zeitzeugen der Edelweiß-Piraten stattfand, gekommen. Neonazis sprühten am Vorabend im Umfeld des Veranstaltungsraumes großflächig zahlreiche Parolen oder Losungen wie „Antifa bedeutet Angst“ sowie den Namen und die Webadresse des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM). Schon im Mai 2010 hatte das ABM professionell gestaltete Werbebanner verbreitet mit der Aufschrift „8. Mai – 65 Jahre Judenrepublik“, beispielsweise wurde ein solches an der Urftbrücke in Kall-Sötenich befestigt.

Im Zuge einer Großrazzia durch die Staatsanwaltschaft Koblenz wegen des Verdachts der Bildung oder Unterstützung der kriminellen Vereinigung „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM) wurden am 13. März 2012 zahlreiche Objekte in NRW und Rheinland-Pfalz durchsucht, darunter auch eine Wohnung in Schleiden-Gemünd. Insgesamt 26 Neonazis im Alter zwischen 19 und 54 Jahren (die Altersangaben beziehen sich auf den Beginn des Prozesses) mussten sich seit dem 20. August 2012 deswegen vor dem Landgericht Koblenz verantworten, darunter auch der junge Neonazi aus Gemünd. Aus unterschiedlichen Gründen musste der Mammutprozess zweimal neu beginnen und endete nach zahlreichen Verzögerungen im Herbst 2019.

Im November 2011 ermittelte der Staatsschutz der Polizei in Bonn wegen einer Bedrohungssituation gegen Markus S., zu diesem Zeitpunkt Führungskader der „Freien Nationalisten Euskirchen“, zeitweise zuvor auch stellvertretender Vorsitzender der NPD-Ortsgruppe Euskirchen. Er soll Mitte November 2011 in Euskirchen mit einem „Kameraden“ und einer „Kameradin“ eine 16-jährige Schülerin, die in der linken Szene aktiv war, abgefangen haben. Tage zuvor war es offenbar zu Streit zwischen Neonazis und Nazigegnern gekommen, zudem waren Mitglieder der FNE-Führungsebene namentlich im Internet „geoutet“ worden. S. soll von der Schülerin verlangt haben, solche Infos aus dem Web zu entfernen. Geschehe dies nicht, soll er der seinerzeit 16-Jährigen und der Verwandtschaft massive Gewalt sowie das Anzünden des Wohnhauses angedroht haben. Das Verfahren gegen den geständigen Neonazi wurde später mit der Auflage eingestellt, eine Geldbuße an eine gemeinnützige Einrichtung zu zahlen.

Im November 2013 provozierten und beleidigten mehrere junge Männer kurz nach Mitternacht Passant/innen und Besucher/innen des Musik- und Kneipenfestivals „Nightgroove“ in der Euskirchener Innenstadt. Die Männer sollen unter anderem Migranten verfolgt, bedroht, mit rassistischen Parolen beschimpft und sie getreten und geschlagen haben. Die Polizei nahm deswegen drei Tatverdächtige aus dem Raum Gerolstein in Rheinland-Pfalz und Bad Münstereifel kurzzeitig in Gewahrsam. Bei dem Trio wurden ein Schlagstock, Nazipropaganda und eine Gürtelschnalle mit Hakenkreuz sichergestellt. Wegen der Vorfälle wurden im Oktober 2014 alle drei Angreifer vor dem Jugendschöffengericht in Euskirchen zu Bewährungsstrafen und der Zahlung von Schmerzensgeld verurteilt. Sie gehörten der „Kameradschaft Eifler Land“ (KEL) an, zwei der Neonazis waren zuvor auch in der FNE aktiv gewesen.

Ein Anziehungspunkt der regionalen wie überregionalen rechten Szene stellt die ehemalige NS-„Ordensburg“ Vogelsang dar. Das Gelände, das mittlerweile unter anderem als Veranstaltungsort und Bildungseinrichtung dient, war mehrfach Treffpunkt für Neonazis. Als Reaktion auf eine neue Hausordnung, die Propagandabesuche von Neonazi-Gruppen unterbinden soll, kam es am 26. November 2006 zu einer Aktion der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), bei der rund 25 Neonazis das Hausverbot ignorierten, auf

das Gelände marschierten und später mittels einer „Mahnwache“ die Zufahrt versperrten. NPD und KAL wiederholten im Mai 2007 ein konspirativ vorbereitetes Unterlaufen der Hausordnung, diesmal erschienen rund 50 Neonazis und führten einen selbst organisierten Rundgang auf dem Areal durch, bevor die Betreiber nach einer Stunde einschritten.

Seitdem suchten wiederholt kleinere rechtsextreme Besuchergruppen das Areal auf, sporadisch wurde in Szene-Foren, über die sozialen Netzwerke respektive auf rechtsextremen Webseiten darüber auch szenetypisch inklusive verschiedener Fotostrecken berichtet. So besuchten rund zehn Hooligans und Ultras der Chemnitzer „NS-Boys“ („New Society 2004“) im März 2018 Vogelsang. Vor „Camp Schelde“, eine ehemalige Militärunterkunft der belgischen Armee die als Flüchtlingsunterkunft dient, stellten sie sich überdies provokativ zum Gruppenbild auf. Im September und Dezember 2018 gab es Medienberichte, wonach seit geraumer Zeit vermehrt rechte Besuchergruppen Vogelsang erneut besucht hätten.

Dies habe sich etwa durch Einträge im Gästebuch und Aufklebern gezeigt, die auf dem Gelände gefunden worden seien, wurden Vertreter der Gesellschaft Vogelsang IP zitiert. Tatsächlich waren seit 2017 beispielsweise vermehrt Aufkleber der „Identitären Bewegung“ (IB) und solche aus geschichtsrevisionistischen Kreisen auf dem Areal und auf Infotafeln verklebt worden. Auch in der neonazistischen Musikszene fand die „Ordensburg“ Anklang. So nannte sich eine Band aus Thüringen „Vogelsang“, die dem Genre des „National Socialist Black Metal“ (NSBM) zugerechnet wird. Eine andere NSBM-Band nennt sich „Ordensburg“, das Cover des Albums „Legenden des Krieges“ (2014) zeigt einen leicht abgewandelten Holzschnitt aus dem Jahr 1939, der einen reitenden NS-Junker neben einem historischen Ritter vor der Ausbildungsstätte Vogelsang darstellt. Ein Foto des „Fackelträgers“ schmückte 2016 das Cover der CD „3. (St)Reich“ des im Hochsauerlandkreis angesiedelten Rechtsrock-Projektes „Der Böhse Wolf“.

Rechtsextremisten nutzten im zweiten Halbjahr 2015 die Debatte zum Thema Asyl zu rassistischen und asylfeindlichen Aktivitäten. Es wurden – teils von Unbekannten – auch Briefe an Lokalpolitiker/innen und Behörden verschickt mit rassistischen und bedrohlichen Inhalten.

Im Juli 2015 wurde der Euskirchener Bürgermeister Uwe Friedl (CDU) Ziel einer bundesweiten Hetzkampagne. Anlass war die durch den Stadtrat und Verantwortliche beschlossene Verlegung einer Kindertagesstätte aus dem Provisorium in einem ehemaligen Schulgebäude in ein weiteres Provisorium, nämlich in Container-Module. Zeitgleich sollten Asylsuchende in der Schule einquartiert werden. Rassisten und Rechtsextremisten griffen das Vorhaben in ihren Blogs und über die sozialen Medien auf, hetzten gegen die Verantwortlichen und riefen zudem dazu auf, diesen u.a. Protestmails zu schicken. Bürgermeister Friedl fühlte sich durch einige der Zuschriften und Veröffentlichungen bedroht und erstattete Strafanzeigen.

Ein Rechtsanwalt aus Euskirchen, der sich gemeinsam mit anderen mit der Petition „Heim ohne Hass“ dafür eingesetzt hatte, dass rechte Aufmärsche bundesweit vor Flüchtlingsunterkünften verboten werden sollen, wurde im Herbst 2015 zum Opfer einer Hetzkampagne und sah sich zudem Psychoterror ausgesetzt. So hatte sich ein anonymes Anrufer gegenüber der Polizei als besagter Jurist ausgegeben und den angeblichen Mord an der Ehefrau gestanden. Während das Ehepaar zeitgleich mit dem Pkw zwecks Besuch der Verwandtschaft unterwegs war, durchsuchte die Polizei das Haus des Anwalts nach der vermeintlichen Leiche und begann damit, Verwandte über den angeblichen Mord zu informieren bzw. befragen.

Ende November 2015 erhielten fast alle Mitglieder des Stadtrates in Bad Münstereifel einen anonymen Drohbrief. Darin wurden sie aufgefordert, keine Flüchtlinge in der Nähe von Schulen oder Kindergärten unterzubringen. Weiter hieß es, dass sich „unsere Politiker gegen das eigene Land und Volk gewendet haben“, falls Flüchtlinge nicht „ferngehalten“ werden würden, sähe man sich gezwungen, „jeden Verantwortlichen persönlich zur Rechenschaft zu ziehen“.

Anfang 2020 machte Franz Josef Mörsch („Die Linke“, Kreistagsfraktion Euskirchen) öffentlich, dass er am 21. Januar Morddrohungen per Sprachnachricht im WhatsApp-Messenger erhalten hat. Der unbekannte Absender sprach mit verzerrter Stimme namentlich an Mörsch gerichtete Morddrohungen aus. Da er zudem über „ein neues deutsches Reich“ und „Groß-Germania“ sprach, ist von einem rechtsextremen oder „Reichsbürger“-Hintergrund auszugehen.

Kurz vor Mitternacht beschossen am 9. September 2015 Unbekannte die Hausfassade einer Flüchtlingsunterkunft in Euskirchen mutmaßlich mit einer oder mehreren Paintball-Waffen. Nach Zeugenangaben entfernte sich unmittelbar nach dem Tatgeschehen ein nicht näher beschriebener Pkw mit hoher Geschwindigkeit vom Tatort. Nach der Tat waren auf der Fassade rote Farbpflecke erkennbar, verletzt wurde niemand. Nach einem Dachstuhlbrand am 5. August 2016 in einem bezugsfähigen Haus für Migrant/innen in Schleiden-Oberhausen übernahm der Staatsschutz Bonn die Ermittlungen. Anlass war eine rassistische Schmiererei an dem zu diesem Zeitpunkt unbewohnten Gebäude, in das am 1. September „rumänische Familien“ (Polizei) bzw. „mehrere ausländische Familien“ (Lokalpresse) hätten einziehen sollen. Im Oktober 2019 wurde in Zülpich – offenbar mit einer Luftdruckwaffe und Metallkugeln – auf das Fenster eines Mehrfamilienhauses geschossen, in dem Geflüchteten und Zuwanderer untergebracht waren.

In der Innenstadt von Euskirchen waren im Februar und März 2017 in einem auch von Migrant/innen bewohnten Straßenzug durch die Fenster einer Wohnung im 1. Stock eine Hakenkreuz-Flagge und andere Fahnen aus dem rechtsextremen Spektrum zu sehen. Im Januar 2018 veröffentlichte die Bundespolizei einen Zeugenaufruf und wies auf Vandalismus-Taten und Hakenkreuz-Schmierereien hin. Demnach waren am Bahnhof in Euskirchen-Kuchenheim im Jahr 2017 in mehr als fünf Fällen geschmierte/gesprühte Hakenkreuze festgestellt worden. Im Herbst 2017 waren auch Glasscheiben zerstört worden. Ähnliche Schmierereien hat die Polizei zeitnah auch in Rheinbach im Rhein-Sieg-Kreis registriert. Bürger/innen berichteten in den sozialen Medien zudem über solche Schmierereien am Bahnhof in Euskirchen-Großbüllesheim.

Im April 2018 berichteten Polizei und Medien über umfangreiche Sachbeschädigungen durch Graffiti-Schmierereien einer „Toy Crew“ in Mechernich-Kommern. In diesem Zusammenhang fielen ebenso alte und neue rechtsextreme Schmierereien auf, darunter SS-Runen, Hakenkreuze bzw. mehrfach das Wort „Nazibande“. Im Mai 2018 besprühten Unbekannte Teile eines Bauernhofes in Mechernich-Glehn mit Hakenkreuzen. Die Täter besprühten ebenso ein Schaf und eine Gans mit derselben Farbe. Im Mai 2019 fielen in Mechernich Jugendliche und junge Erwachsene auf, weil sie Naziparolen und „Sieg Heil!“ grölten, u.a. vor dem Haus eines Deutschen mit schwarzer Hautfarbe, der aus Zentralafrika stammt.

Im November 2018 verwarf das Landgericht Aachen die Berufung eines Neonazis und bestätigte somit ein Urteil des Amtsgerichts Schleiden aus Erster Instanz. Das Gericht in Schleiden hatte den 1986 geborenen Mann im Frühjahr 2018 zu einer Gesamthaftstrafe verurteilt. Zwischen Dezember 2015 und August 2017 wurden dabei mehrere Einzeltaten besonders in Dahlem begangen. Die Vorwürfe reichten von Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Bedrohung und Beleidigung. Zu den Opfern zählten auch Mitarbeiter am Amtsgericht Prüm (Rheinland-Pfalz), die der Mann beschimpft hatte.

Der Neonazi hat zeitweise in der abgelegenen, ländlichen Gegend im Haus seines Vaters gewohnt. Viele der Straftaten hatte er auch dort begangen, u.a. weil er in sozialen Netzwerken Bilder von Adolf Hitler und Hakenkreuzen verbreitete, dazu Losungen der NSDAP postete oder solche auf einem Plakat an seinem Fenster aushingen („Deutschland erwache!“). Der offenbar als Einzelgänger Agierende hatte zudem 2016 in sozialen Netzwerken versucht, Mitstreiter zu gewinnen. Im August etwa rief er in kämpferischen Texten und Grafiken dazu auf, man solle sich im September 2016 in Dahlem treffen, um mit ihm die militante und nationalsozialistische „Volksbewegung Schwarz Braune Front“ (VBSBF) zu gründen. Er hetzte dabei gegen Migrant/innen, Juden, „Volksverräter“ und „Volksfeinde“. Kurz vor dem Termin kam es zu einer Hausdurchsuchung. Beschlagnahmt wurden zahlreiche Messer und Schreckschusswaffen.

Unbeeindruckt von dem Polizeieinsatz hetzte der Neonazi im russischen VK-Netzwerk gegen die Ermittler und postete dazu die Namen eines Justizmitarbeiters und einer Staatsanwältin, der er vorwarf, ihr Name klinge „jiddisch“. Ermittelt, schrieb er weiter, werde gegen ihn auch wegen Postings im „Judenbook“ (Facebook). Zugleich rief er via VK weiter zum Widerstand auf und forderte: „Tod unseren Feinden!“ Dazu postete er ein Foto, das offenbar ihn in jüngeren Jahren als Bundeswehr-Soldaten in einer Kaserne, in Kampfuniform und mit einem Maschinengewehr zeigt. Ob die VBSBF mehr als nur ein Hirngespinnst eines Einzelgängers war, ist fraglich. Der Neonazi soll unterdessen nicht mehr im Kreis Euskirchen leben.

Das Landgericht Aachen hat im Juni 2020 einen Volksverhetzer und Holocaust-Leugner, der zudem Politiker, Medien und Bundesregierung per Brief und Mail bedroht hat, wegen Schulunfähigkeit frei gesprochen. Dem zum Zeitpunkt der Urteils 40-Jährigen waren insgesamt rund 25 Taten vorgeworfen worden, einen Großteil davon hatte er in Schleiden begangen. Die Kammer entschied, dass der Mann die meisten der ihm vorgeworfenen Straftaten zwar begangen und zugegeben habe. Gleichwohl habe er zum Tatzeitpunkt unter einer akuten Wahnvorstellung gelitten.

Vorgeworfen worden war dem Mann, zwischen Herbst 2018 und Mai 2019 überwiegend in Schleiden unter anderem Volksverhetzung, Beleidigung, versuchte Nötigung, versuchte Erpressung und einen Verstoß gegen das Waffengesetz begangen zu haben. So hatte er Auszüge aus dem indizierten Buch „Wahrheit sagen, Teufel jagen“ des Holocaust-Leugnens Gerard Menuhin an die Fassade und den Zaun seines damaligen Wohnhauses in Schleiden plakatiert. Es wurde der Holocaust geleugnet und gegen Israel und Juden gehetzt.

Zudem hatte er Briefe mit obszönen, beleidigenden, bedrohenden, antisemitischen und den Holocaust leugnenden Inhalten verschickt. Empfänger waren etwa das Finanzamt, die Staatsanwaltschaft Aachen, eine Polizeiwache, die Bundesregierung, Politiker, Medien und das Jobcenter. Zeitweise stufte die Polizei den Mann als „Reichsbürger“ ein und leitete Schutzmaßnahmen für Personen ein, die bedroht wurden. Zweimal war er im genannten Zeitraum kurzzeitig zwangsweise in die Psychiatrie eingewiesen worden.

Zwar bewertete das Landgericht Aachen das Gros der Straftaten als begangen. Gleichwohl sei der 40-Jährige im direkten Kontakt mit Polizisten und Behörden nicht aggressiv gewesen, habe also nicht den Anschein erweckt, dass er seine schriftlich geäußerten Gewalt- und Morddrohungen habe umsetzen wollen. Dass der unterdessen in Rheinland-Pfalz lebende Mann weiterhin in den sozialen Medien krude Verschwörungsmymen verbreite, gehöre wohl oft noch zur Meinungsfreiheit, so die Kammer.

Allerdings war im Prozessverlauf ein Video bekannt geworden, dass der 40-Jährige noch Monate vor Beginn der Verhandlung verbreitet hatte und in dem mutmaßlich erneut den Holocaust geleugnet wurde. Ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Mainz gegen den nun in Ober-Olm lebenden Mann sollte daher zum Zeitpunkt des Aachener Urteils anhängig sein.

Auch in Euskirchen fand Ende Januar 2016 eine Demonstration statt, die auf das Engagement rechts-naher Russlanddeutscher und russischstämmiger Einwanderer zurück ging und sich gegen Asylsuchende beziehungsweise Migranten richtete, die angeblich kriminell seien oder Frauen und Mädchen sexuell belästigen und vergewaltigten. Anlass für die bundesweite Mobilisierung aus jenen Kreisen war die von russischen Medien und Politikern sowie rechtsradikalen bis neonazistischen Kreisen in Deutschland verbreitete Falschmeldung, dass ein Mädchen russlanddeutscher Abstammung in Berlin von Migranten respektive Asylsuchenden entführt und vergewaltigt worden sein sollte. Später stellte sich heraus, dass die 13-Jährige zum Zeitpunkt ihres Verschwindens wegen persönlicher und schulischer Probleme nur bei einem Bekannten „Unterschlupf“ (Martin Steltner, Sprecher der Staatsanwaltschaft Berlin) gesucht und gefunden hatte. Die Demonstration in Euskirchen fand am 24. Januar mit rund 120 Personen statt, angemeldet worden war sie von einem sich als besorgt darstellenden Ehepaar. Verbreitet wurde, dass auch die Tochter des Paares schon „von Fremden“ belästigt worden sei.

Im Zuge der Corona-Pandemie begannen Proteste gegen die Schutzmaßnahmen im Raum Euskirchen schon 2020 in Bad Münstereifel. Erst im Februar 2021 starteten jedoch entsprechende Versammlungen auch in Euskirchen-Stadt. Hierbei fiel auf, dass sowohl „Querdenker“, Esoteriker/innen, Verschwörungsgläubige und radikale Impfgegner/innen aktiv wurden, zugleich aber auch Rechtsradikale, Rassist/innen und AfD-Vertreter/innen den Protest unterstützen.

Überdies nahmen um einen CDU-Ratsmann, der zudem dem Integrationsrat angehört und Kreischef der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) war, auch (Klein-)Unternehmer teil. Diese problematische Nähe eines Demokraten zu lokalen „Querdenker“-Kreisen, die auch via Telegram-Infokanal und -Chat rechtsextreme, „Reichsbürger“- und den NS- oder den Holocaust relativierende Inhalte verbreiteten bzw. diskutierten, sorgte für Empörung und Unverständnis. Letztlich verließ der Lokalpolitiker die CDU, nimmt sein Mandat nun aber parteilos wahr und ist den Organisator/innen der Proteste verbunden geblieben. Bei der Bundestagswahl fungierte der ehemalige Christdemokrat als Direktkandidat für die „Querdenken“-Partei „dieBasis“ und organisierte Fluthilfe-Angebote mit.

Von der Hochwasserkatastrophe 2021 waren im Kreisgebiet Bad Münstereifel und Euskirchen besonders schwer von Zerstörungen betroffen. Vereinzelt haben Personen und Gruppen aus dem rechten Spektrum sich bei Hilfsprojekten engagiert oder diese initiiert. Eine größere Gruppe Neonazis (u.a. „Die Rechte“) will im Juli in Bad Münstereifel bei Aufräumarbeiten geholfen haben. Auch „Querdenker“ bzw. Vertreter von „dieBasis“ und „Reichsbürger“ (u.a. „Verfassungsgebende Versammlung“) sowie QAnon-Anhänger waren aktiv. Nach Räumung einer von „Querdenkern“ genutzten Schule in Bad Neuenahr-Ahrweiler gab es Hinweise darauf, dass Aktivisten in Bad Münstereifel-Houwerath ein neues Basislager aufbauen wollten. Behörden wollen das unterbunden haben, etwa weil man vor der Nutzung eines Kindergartens schon Platzverweise erteilte.